

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffen Kotré, Enrico Komning, Hansjörg Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/29696 –

**Einfach frei leben – Staatssozialismus verhindern, Demokratie und Wohlstand retten**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Karsten Hilse, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/29697 –

**Einfach frei leben – Kein deutsches Engagement für den Großen Umbruch beziehungsweise Great Reset des Weltwirtschaftsforums – Mit Innovationen Umwelt und Wohlstand erhalten**

### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, die soziale und am Mittelstand orientierte Marktwirtschaft zu stärken.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, den vom Weltwirtschaftsforum ausgerufenen Great Reset (Großer Neustart) abzulehnen und eine deutsche Beteiligung an den damit verbundenen Vorhaben auszuschließen.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29696 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29697 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

## **C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

## **D. Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/29696 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/29697 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Dr. Matthias Heider**  
Vorsitzender

**Andreas G. Lämmel**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/29696** wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/29697** wurde in der 231. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Mai 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, dass die soziale, mittelstandsorientierte Marktwirtschaft zunehmend ausgehebelt werde, staatliche Initiativen für Innovation, Wissenschaft und Technologie würden verstärkt. Der „Great Reset“ (der Große Neustart) stehe für eine öko-sozialistische Planwirtschaft, die den Wohlstand und letztlich die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährde.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. alle staatsdirigistischen Bestrebungen zu verhindern, die über die notwendige Rahmensetzung der Sozialen Marktwirtschaft hinausgehen, insbesondere diejenigen, die mit sogenannten Klimaschutzmaßnahmen, übertriebenen Umweltauflagen, Quotenvorschriften, sogenannter Nachhaltigkeit oder Ähnlichem begründet werden,
2. staatlich subventionierte Innovationen, Wissenschaft und Technologie mit dem Ziel der Umsetzung der Agenda des „Great Reset“ zu unterlassen,
3. wettbewerbsbenachteiligende Regelungen und Bestimmungen, die der deutschen und der mittelständischen Wirtschaft schaden, zu beseitigen, um Mittelstand und Macher zu fördern, statt sie zu gängeln,
4. eine wirksame Förderung von Investitionen in strukturschwachen Regionen zu ermöglichen und wachstumshemmende Bürokratie zu entfernen, um Leistung und Mut wieder zu belohnen,
5. die deutschen Unternehmen vor allen wettbewerbsbenachteiligenden Regulierungen und Verordnungen basierend auf der Ideologie des „Great Reset“ zu schützen,
6. die Unternehmensfeindlichkeit und fehlende Technologieoffenheit des „Great Reset“ als fundamentalen Konstruktionsfehler anzuerkennen und Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland derart zu schaffen, sodass unsere Soziale Marktwirtschaft und unser Wohlstand vor den daraus folgenden destruktiven Auswirkungen geschützt ist,
7. die Einbindung demokratisch nicht legitimierter Akteure und Organisation in legislative Prozesse sofort zu beenden und auch zukünftig, zu verhindern bzw. auch darauf in allen hierfür relevanten Gremien, auch außerhalb des Gesetzgebungsbereichs des Deutschen Bundestages, hinzuwirken.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, dass der geplante „Great Reset“ (Der Große Neustart) des Weltwirtschaftsforums sowie weitere Fahrpläne zur Erreichung von Klimaneutralität wie der Green Deal der EU eine substantielle Beeinträchtigung der Umwelt und enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit Deutschlands darstellen. Sofern die Bundesregierung ihre Maßnahmen am „Geat Reset“ darauf ausrichte, würden die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte fortgeführt und die in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise verstärkt. Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb unter anderem auf, den „Großen Neustart“ des Weltwirtschaftsforums beziehungsweise die damit verknüpften Agenden entschieden abzulehnen. Auch solle Technologieoffenheit gewährleistet werden und alle umweltverträglichen und wettbewerbsfähigen Zukunftstechnologien, welche für wirtschaftliches Wachstum und materiellen Wohlstand geeignet seien, in der Forschung zu unterstützen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 158. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 146. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 114. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 115. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 95. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29696 in seiner 100. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 145. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 146. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 115. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 79. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29697 in seiner 100. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge der Fraktion der AfD auf den Drucksachen 19/29696 und 19/29697 in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend beraten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29696 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29697 zu empfehlen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Andreas G. Lämmel**  
Berichterstatter



